

Die deutsche Presse in der ersten Re-educations-Phase

Weil wir uns seit einiger Zeit mit „fake news“ beschäftigen müssen und ungeahnten Möglichkeiten, sich über Social Media zu radikalisieren, ist die Frage, ob sich die Re-educations-Presse in der ersten Nachkriegszeit an die Völkischen richten konnte oder sollte, interessant. Sie lässt sich nicht nur mit ihrer Ausprägung und Dauer beantworten. Dabei müssen politische Entscheidungen, Kompetenzen und Strukturen der ausführenden Einrichtungen, auch der personelle Wechsel auf höchster Regierungsebene (Roosevelt/Truman und Churchill/Attlee) und bei der Militärverwaltung berücksichtigt werden.

Stellvertretend für eine völkische Gesinnung wird zunächst an die Wahlergebnisse der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) erinnert,¹ die mit ihrem höchsten Wahlergebnis im Dezember 1924 von 20,5 Prozent zweitstärkste Kraft nach der SPD (26 Prozent) geworden war. Das wäre etwa ein Fünftel der deutschen Bevölkerung. Die hier interessierenden Prozent-Anteile in den späteren Besatzungszonen waren in diesem Jahr im Westen etwa halb so hoch (z. B. 7,0 Prozent [Hessen], 9,4 Prozent [Bayern], 12,2 Prozent [Baden], 10,4 Prozent [Württemberg]) wie im Osten (z. B. 14,5 Prozent [Sachsen], 23,7 [Preußen], 24,1 [Mecklenburg-Strelitz], 28,9 [Mecklenburg-Schwerin]).

Der Begriff Re-education war bereits vor dem Zweiten Weltkrieg im Zusammenhang mit Deutschland aufgetaucht, wurde jedoch lange Zeit nur als eine Methode für die schulische und universitäre Bildung verstanden.² Die Amerikaner erweiterten die Bedeutung im Rahmen ihres *Political Warfare*s und subsumierten darunter bald eine „Umformung“ des gesamten deutschen Sozialcharakters. Grundsätzlich handelten aber alle Alliierten bei der späteren Besetzung Deutschlands im Rahmen ihrer politischen Traditionen. Die Franzosen hielten den Gedanken, ein ganzes Volk umerziehen zu wollen, für ziemlich absurd, auch die Briten, die eher auf das Vorbild der britischen Demokratie setzten, waren keine Anhän-

¹ Die DNVP gilt als Schmelztiegel von ca. 72 völkischen Verbänden und Organen mit nationalen, nationalliberalen, zum Teil antisemitischen und kaiserlich-monarchistischen Zielen. Beginnend mit Verlusten 1928 (14,3 Prozent) und dem Parteivorsitz des Verlegers A. Hugenberg verstärkten sich nationalistische Ansichten.

² Koszyk, K., *Pressepolitik für Deutsche 1945–1949, Geschichte der deutschen Presse*, Teil IV, 1986, 123

ger eines „political schooling“.³ Die Re-educations-Politik der Amerikaner befand sich zudem von Anfang an in dem Dilemma, ein Volk mit Mitteln, die eigentlich undemokratisch waren, zur Demokratie erziehen zu wollen. Stalin äußerte sich im Frühjahr 1945 dagegen unverblümt: „[...] wer ein Gebiet besetzt, erlegt ihm auch sein eigenes gesellschaftliches System auf. Jeder führt sein eigenes System ein, soweit seine Armee vordringen kann. Es kann gar nicht anders sein“.⁴

Das Konzept der Re-education ist von der amerikanischen Militärverwaltung am intensivsten durchgesetzt worden und ist auch besonders gut dokumentiert. Zum Verständnis des sich wandelnden Begriffs und der wenig einheitlichen Besatzungspolitiken wird kurz an die ausschlaggebenden Konferenzen erinnert, die zu keiner wirklich einheitlichen Linie aller Alliierten in der Behandlung des besiegten Deutschlands geführt hatten: Teheran (28. November bis 1. Dezember 1943), Jalta, (4. bis 12. Februar 1945) und Potsdam (17. Juli bis 2. August 1945). Ein geplantes Kapitel „Prinzipien der Militärverwaltungen“, in dem ein einheitliches Vorgehen festgelegt werden sollte, blieb im Abschlussbericht der Tagung der *Europäischen Beratenden Kommission für Deutschland* im November 1944 ungeschrieben.⁵ Einigkeit bestand nur bei den Zielen einer bedingungslosen Kapitulation und einer zeitlich zu befristenden Übernahme der Regierungsgewalt durch zuerst drei Siegermächte, später zugunsten von Frankreich erweitert auf vier. In Potsdam verständigte man sich darauf, Deutschland durch Demilitarisierung, Demontage (der Schlüsselindustrien), Denazifizierung⁶ und Dezentralisierung auf Dauer kriegsunfähig zu machen, und delegierte die Festlegung einheitlicher alliierter Aktivitäten an einen einzurichtenden Kontrollrat. Später sollten demokratische Parteien erlaubt sowie die Freiheit der Rede und Presse angestrebt werden. Explizite Pläne zur „Re-education“ wurden nicht vereinbart.

Inhaltlich ist das amerikanische Konzept der Re-education insbesondere von einem von der amerikanischen demokratischen Linken favorisierten psychologisch definierten Menschenbild und dem Konstrukt eines Nationalcharakters geprägt worden.⁷ Die nationalsozialistischen Untaten offenbarten demnach eine be-

³ Merkel, I., Kapitulation im Kino, Zur Kultur der Besatzung im Jahr 1945, 2014/15, 100 f.

⁴ Zitiert nach Schwarz, H.-P., Vom Reich zur Bundesrepublik, Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949, 1966, 213

⁵ OMGUS/Isd 5/235–1/20

⁶ Für die Denazifizierung gingen die Amerikaner von etwa 220.000 zu verhaftenden Personen und ca. 40.000 Verurteilungen aus.

⁷ Seit den 1920er Jahren hatte sich die Psychoanalyse um eine Theorie bemüht, die das soziale Gefüge einer Nation erklären kann. 1937 veröffentlichte die amerikanische Psychoanalytikerin K. Horney die Studie „The Neurotic Personality of our Time“. Sie hatte im Verlauf ihrer beruflichen Praxis festgestellt, dass die Entwicklung von Neurosen bzw. „normalen“ Gefühlen und Haltungen entscheidend vom kulturellen Umfeld beeinflusst werden. Diese zu ihrer Zeit wegweisende Arbeit

sonders krasse Form des deutschen Nationalcharakters, dem autoritäre Verhaltensweisen, Sadismus und Aggressionen sowie andererseits eine romantische Gefühligkeit zugeordnet wurden, Eigenschaften, die für eine paranoide Persönlichkeit typisch wären. Diese Theorie vom „autoritativen Charakter“⁸ lag während des Krieges auch den Deutschlandanalysen von Franz L. Neumann, H. Stuart Hughes und Herbert Marcuse für das *Office of Strategic Services* (OSS) zugrunde⁹ und war auch Thema der *Conference on Germany after the War*, die vom *Joint Committee on Post-War Planning* im Frühjahr 1944 einberufen worden war. Die überwiegende Mehrheit der 75 an dieser Konferenz teilnehmenden Wissenschaftler, die über den „pathologischen deutschen Nationalcharakter“ berieten, waren amerikanische Psychiater, Psychologen, Neurologen, Soziologen oder Psychoanalytiker.¹⁰

Das Konstrukt eines Nationalcharakters stand in Europa seit der Klimatheorie und den seinerzeit wegweisenden Schriften des schottischen Philosophen David Hume und des Franzosen Charles Montesquieu¹¹ in einer Jahrhunderte langen Denktradition. Mit der Klimatheorie war versucht worden, nationale Unterschiede im Verhalten zu erklären, ausschlaggebend sollten das Klima und geographische Unterschiede sein. Im klimatheoretischen Ranking der europäischen Länder war die „Rasse des Nordens“ den südländischen Völkern grundsätzlich überlegen. Deutschland nahm dabei eine Mittelstellung ein. Im 20. Jahrhundert erfuhr das verstaubte Denkmodell mit den Schriften des Briten Lord Robert Vansittart eine Art Revival, darin bekräftigte er – propagandistisch passend während des Ersten

war nicht als Interpretation von Nationalcharakteren angelegt worden. Erst die auf dieser Studie aufbauende Theorie von Erich Fromm über den *autoritativen Charakter* wollte das moderne Massenindividuum, den Faschismus und rassistische Vorurteile erklären. Auch die „Studien über Autorität und Familie“, die Mitte der 1930er Jahre veröffentlicht worden sind, mussten als Erklärung für das Konstrukt des typischen „German Minds“ herhalten.

8 Hierauf haben eine Reihe von Buchautoren Einfluss gehabt, allen voran Lord Vansittart (*Black Record*) und Henry Morgenthau (*Germany is our Problem*). Die Theorie vom „autoritativen Charakter“ aus den 1930er Jahren hat in Deutschland in den 1968er Jahren über Max Horkheimer und Theodor Adorno noch einmal weite Verbreitung gefunden, obwohl es längst anders lautende empirische Befunde gab (z. B. Milgram Versuche). Die 68er Generation fürchtete sich davor, die autoritären Verhaltensweisen ihrer Väter geerbt zu haben.

9 Müller, T., Krieger und Gelehrte, 2010, 663

10 Report of a Conference on Germany after the War, in: *American Journal of Mental Deficiency*, Juli 1945, L, Nr. 1, 149 f.

11 Ausgehend von der antiken Geographie, die die Welt in kalte, heiße und gemäßigte Zonen aufteilte und nach den Effekten des Klimas auf Körper, Geist und Gemeinschaft der Einwohner fragte, entwickelte sich im 17. und 18. Jahrhundert eine Theorie des Klimas, die politische Herrschaftsformen, Kultur und den sogenannten „Nationalcharakter“ aus den Gegebenheiten des Klimas erklären wollte. Vertreter in Deutschland war u. a. Johann Gottfried Herder.

Weltkriegs – den minderwertigen Nationalcharakter der Deutschen.¹² Die neue psychoanalytisch gestützte „amerikanische Theorie“ vom deutschen Nationalcharakter lag später den Empfehlungen des *Joint Committee on Post-War Planning* für die Militärregierung zugrunde: (1) in der Frage der „War Guilt“ sollten das Volk und der Führer nicht voneinander unterschieden werden. (2) Dem deutschen Volk müsse klar gemacht werden, dass sie alle es waren, die es getan hatten. (3) Die Erzeugung von starken Schuldgefühlen würde eine Änderung des Volkscharakters unterstützen.¹³

Die Empfehlungen des *Joint Committee on Post-War Planning* haben mehr oder weniger allen Maßnahmen der Re-education zugrunde gelegen, u. a. auch bei den Nürnberger Prozessen eine Rolle gespielt. So akzentuierte der Chefankläger Robert H. Jackson, ein beurlaubter Richter des Obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten, seine Anklage mit einem weit über das Juristische hinausgehenden starken moralischen Aspekt. Für die PR-mäßige Begleitung des Prozessgeschehens sorgte der für die Lizenzzeitungen zuständige General McClure, indem er zusätzliche Papiermengen für zweiseitige Sonderbeilagen beschaffen ließ. Das Monopol der Prozessberichterstattung lag bei der Monopol-Agentur DANA.¹⁴ Deutsche Journalisten waren nur sehr eingeschränkt als Prozessbeobachter zugelassen. Aber die Vermischung von Strafrecht und Moral kam nicht wirklich gut an, auch nicht eine Justiz von Siegern über Besiegte.

Den Einfluss des Konstrukts vom „kranken“ Nationalcharakter auf die Formulierung der amerikanischen Besatzungsrichtlinie JCS 1067 vom April 1945 hat Walter Dorn nachgewiesen.¹⁵ JCS 1067 richtete sich auf die Denazifizierung, die Entmilitarisierung, die Einschränkung politischer Betätigungen und bestimmte das ausgeklügelte Lizenzwesen für Kunst, Kultur und die ins Leben zu rufende Presse, die in Absprache mit den Briten bei der Re-education eine besonders wichtige Rolle übernehmen sollte. Unter dem neuen Außenminister Byrnes setzte sich damit eine Definition von Re-education durch, die alle Maßnahmen, einschließlich der zur Zerstörung der gegenwärtigen deutschen Kriegsmacht einschloss. Der Erfolg sämtlicher Maßnahmen sollte nicht nach ihren unmittelbaren Ergebnissen, sondern letztlich nach ihrem Einfluss auf die deutsche Mentalität und den „deutschen

¹² Briggs, A., *The War of Words*, 1970, 171 f.

¹³ Report of a Conference on Germany after the War, in: *American Journal of Mental Deficiency*, Juli 1945, L, Nr. 1, Appendix 6, 177 f.

¹⁴ Koszyk, K., *Pressepolitik für Deutsche 1945–1949*, Geschichte der deutschen Presse, Teil IV, 1986, 63. Durch Bestrafung der Schuldigen sollte die Re-education unterstützt werden. Die vom ICD verbreitete Berichterstattung war aber eher hinderlich. Die Vermischung von Strafrecht und moralischer Schuld wurde als bedenklich angesehen.

¹⁵ Dorn, W. L., Die Debatte über die amerikanische Besatzungspolitik für Deutschland (1944–1945), *VzG*, 6. Jahrgang, 1958

Nationalcharakter“ beurteilt werden.¹⁶ Der stellvertretende Militärgouverneur Lucius D. Clay soll über die Direktive JCS 1067 entsetzt gewesen sein und hat sich schon bevor er 1947 die Nachfolge seines Vorgängers McNarney antrat, für eine großzügigere Politik eingesetzt. So befürwortete er die weniger strenge Direktive JCS 1779.

Das Lizenzwesen und die Presse können nicht isoliert von den Sicherungsmaßnahmen der Besatzungsmächte gesehen werden, die unmittelbar nach dem Krieg im Vordergrund standen. Die der ersten Phase der Re-education zugrunde liegende Denkweise ist von dem Präsidenten des kantonal-bernischen Schriftstellerverbandes Zbinden als „totalitär“ bezeichnet worden.¹⁷ Begründung und gleichzeitig Rechtfertigung war das Konstrukt vom deutschen Nationalcharakter. Schon im September 1945 hatte der amerikanische Historiker L. W. Fuller das US-Außenministerium darauf hingewiesen, dass mit der Anwendung der Direktive keineswegs nationalsozialistische Einflüsse ausgeschaltet werden könnten.¹⁸

An die Stelle des zuerst praktizierten automatischen Arrests von führenden Nationalsozialisten, der bis Juli 1945 galt und der die Inhaftierung von etwa 182.000 Personen nach sich zog, traten in allen Westzonen formale Verfahren zur Überprüfung aller über 18-jährigen Deutschen auf NS-Aktivitäten: Security Review Boards (USA), Compulsary Arrest Categories (GB) und Commissions des Triage (Frankreich). Der immense Arbeitsaufwand wird deutlich an der Zahl von 1,6 Mio. Fragebögen, die von den Amerikanern bis zum Frühjahr 1946 überprüft worden sind. Dabei wurden 300000 Personen mit einem Beschäftigungsverbot belegt, 66500 Nazis in Haft genommen.¹⁹ Ein besonderes Problem stellte sich bei Flüchtlingen aus den Ostgebieten (ca. 5,9 Mio.): wegen fehlender Unterlagen konnten ihre Angaben nicht überprüft werden.²⁰ Aber unter dem Vorzeichen der politischen Säuberung fand auf allen Ebenen der Verwaltung und Wirtschaft auch ein Kampf um Arbeit und Einflussnahme statt.

Durch das Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946 wurden schließlich Deutsche in sogenannten „Spruchkammern“ an der Denazifizierung beteiligt. Zwischen Trümmern und materieller Not, Chaos und Elend der ersten Nachkriegszeit eröffnete eine Entlastung durch eine Spruch-

16 McLeish, A., Memorandum by the Central Secretariat; Potsdam Papers, Vol. II, Doc. No. 855, S. 780, zitiert in: Bungenstab, K. E., Re-education-Politik im Bildungswesen der US-Zone 1945–1949. Umerziehung zur Demokratie? 1970

17 Zbinden, H., Um Deutschlands Zukunft, Schriften zur Zeit, Heft 14, 1947

18 Fuller, L. W., in: Borsdorf, U., Niethammer, L. (Hrsg.), Zwischen Befreiung und Besatzung, Analysen des US-Geheimdienstes über Positionen und Strukturen deutscher Politik 1945, 1976

19 OSS Report Nr. 4626, Document III.2

20 Neumann, F., Die Umerziehung der Deutschen und das Dilemma des Wiederaufbaus, 1947, in: Söllner, A., Franz L. Neumann, Wirtschaft, Staat, Demokratie – Aufsätze 1930–1954, 1978

kammer („Persilschein“) vor allem die Chance auf Arbeit. Eine unbelastete Vergangenheit war also erstrebenswert und begünstigte wohl auch eine Haltung des „vorausseilenden Gehorsams“. In den Spruchkammern konnten parteipolitische Gegner oder anderweitig konkurrierende auch „abgeschossen“ werden, indem ihnen eine nationalsozialistische Schuld zugeschrieben wurde. Andererseits wurde vielen Lippenbekennenden mit gefälligen Narrativen vorschnell ein Recht auf politischen Irrtum zugebilligt. Im Rahmen der geteilten Zuständigkeiten kam es zum Teil zu erbitterten Kontroversen und Schuldzuweisungen an die Besatzungsmächte, mal wegen zu milder Urteile, mal wegen zu harter, und umgekehrt an die Deutschen. Im Oktober 1946 wurden schließlich sämtliche Belastete der Kategorie II (Nazi-Aktivisten) von der Militärregierung entlastet, 1947 kamen weitere ca. 70.000 Überprüfte in den Genuss einer Amnestie.²¹ Laut OSS Report Nr. 4626 blieben in der amerikanischen Zone 50–60 Prozent der als nationalsozialistisch eingestuften Richter und Staatsanwälte im Dienst, in der britischen Zone waren von 121 höheren Beamten 111 ehemalige Nazis. Über 80 Prozent der Richter des BGH hatten in den 1960er Jahren eine nationalsozialistische Vergangenheit.²² Mindestens 1000 Ex-Nazis sind laut der New York Times als Spione oder Informanten von den USA angeworben worden.²³

In der sowjetisch besetzten Zone sind nach dem militärischen Befehl Nr. 0016 (11. Januar 1945) für Maßnahmen zur Säuberung des Hinterlandes der kämpfenden Roten Armee und dem Befehl Nr. 0061 (6. Februar 1945), die beide eigentlich nicht einer Denazifizierung galten, Personen verhaftet worden.²⁴ Berija berichtete in einem Brief an Stalin vom 17. April 1945 von 215540 „ausgehobenen“ Personen, davon wurden 148540 in die UdSSR deportiert, die anderen waren nicht mehr arbeitsfähig oder gestorben.²⁵ Straftatbestände waren u. a. die Unterhaltung von Beziehungen zu einem ausländischen Staat oder Vertretern mit konterrevolutionären Absichten. Unter dem Deckmantel „Denazifizierung“ wurden in der sowjetischen Zone unter Mitarbeit deutscher Kommunisten möglichst Stalin-getreue Kommunisten in alle wichtigen Ämter der deutschen Selbstverwaltung platziert. Laut Beschluss des SED-Zentralsekretariat vom 15. Juni 1946 sollten allerdings

21 Weisz, C., (Hrsg.), *OMGUS-Handbuch. Die amerikanische Militärregierung in Deutschland 1945–1949*, 1994

22 Nolzen, A., *Die NSDAP, der Krieg und die deutsche Gesellschaft*, in: *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, 2004, 103

23 dpa, Geheimdienste beschäftigten Nazis, 28. Oktober 2014

24 Teilweise in Abänderung durch Befehl Nr. 00315 des Volkskommissars für innere Angelegenheiten L. Beria vom 18. April 1945

25 Poljan, P. M., *Westarbeiter: Reparationen durch Arbeitskraft. Deutsche Häftlinge in der UdSSR*, in: D. Dahlmann, G. Hirschfeld (Hrsg.), *Lager, Zwangsarbeit, Vertreibung und Deportation*, Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte – Neue Folge, Bd. 10, 1999

auch frühere NSDAP-Mitglieder eine „Bewährung“ erhalten.²⁶ Dafür reichte bereits ein Eintritt in die KPD oder SED aus, der ja die kommunistische Gesinnung unter Beweis stellte. Als die Sowjets mit SMAD-Befehl Nr. 35 die Entnazifizierung für beendet erklärten (1948), stellte die SED auf allen Verwaltungsebenen 43,6 Prozent der Mitarbeiter des Staatsapparats.²⁷

Die Vorgaben der o. a. amerikanischen Richtlinie JCS 1067 sind in die Kontrollrats-Direktiven Nr. 24 über Berufsverbote (12. Januar 1946), Nr. 38 zur Verhaftung/Bestrafung von Naziverbrechern (12. Oktober 1946) und die Direktive Nr. 40 für deutsche Politiker und die deutsche Presse (12. Oktober 1946), die die Aktivitäten aller Alliierten angleichen sollten, eingeflossen. Bis dahin waren aber bereits überall Fakten geschaffen worden. In diesem Zusammenhang sind auch die Direktive Nr. 30 zu Denkmälern und Museen sowie der Kontrollratsbefehl Nr. 4 (13. Mai 1946) zu erwähnen, die die Einziehung von Literatur und Kunstwerken mit nationalsozialistischem und militärischem Charakter vorsahen. Sie ermöglichten die Herausgabe von Listen auszusondernder Literatur²⁸ und die Entfernung nationalsozialistischer Gemälde, Skulpturen und Denkmäler aus dem öffentlichen Leben. Etwa 10000 Kunstwerke wurden in militärische Depots in Amerika gebracht, in der sowjetischen Zone wurden auf der Grundlage der SMAD-Befehle Nr. 51 und Nr. 85 die Kunstwerke in Museen in Moskau, St. Petersburg und Kiew gebracht.²⁹

Kunst und Kultur wurden in allen Besatzungszonen als wesentlicher Bestandteil der Re-education angesehen. Darauf richtete sich das Lizenzwesen der *Information Control Division* (ICD) der amerikanischen Militärregierung (mit Sitz im ehemaligen Atelier des Staatskünstlers Arno Breker in Berlin-Dahlem), das auch politisch unerwünschte Künstler und Personen aus dem öffentlichen Leben fern halten sollte. Das Lizenzwesen war analog der ehemaligen nationalsozialistischen Reichskulturkammer nach sechs Kultur-Sektionen strukturiert: Presse, Literatur, Radio, Film, Theater und Bildende Künstler sowie Musik.³⁰ In der sowjetisch besetzten Zone war eine *Kammer der Kuntschaffenden* ins Leben gerufen worden,

²⁶ Bundesarchiv, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Sig. IV 2/2.1/13.

²⁷ Vollnhals, C., Entnazifizierung in West- und Ostdeutschland. Konzeptionen und Praxis, in: Internierungspraxis in Ost- und Westdeutschland, 1993, 23

²⁸ Liste der auszusondernden Literatur, Deutsche Verwaltung für Volksbildung, 1946; Illustrative List of National Socialist and Militarist Literature, Military Government, 1946

²⁹ Maertz, G., Kunst und Propaganda im Streit der Nationen, Deutsches Historisches Museum, Katalog, 2007, 458f.; Goldstein, C., Purges, Exclusions, and Limits: Art Policies in Germany 1933–1949, Cultural Policy Program, Working Papers, University of Chicago, o.J.

³⁰ Nach Breitenkamp hat die Information Control Division trotz ihrer guten Vorsätze tatsächlich nur das Propagandaministerium ersetzt (Breitenkamp, E. C., The US ICD and its effect on German publishers and writers 1945 to 1949, 1953).

wenige Monate später der *Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands*. Das Konzept hatte der Kommunist Johannes R. Becher im Exil unter sowjetischer Führung entwickelt. Die *Gesellschaft zur Erforschung zeitgenössischer Dokumente* sollte Dokumente aus der NS-Zeit sammeln und zusammen mit dem *Deutschen Büro zum Studium der Presse* und dem *Büro für Aufklärung und kulturellen Aufbau* für Aufklärung und Propaganda sorgen. Gemäß Befehl Nr. 17 der sowjetischen Militärverwaltung SMAD (27. Juli 1945) führte die *Zentralverwaltung für Volksbildung* bereits den Aufbau und die Kontrolle des ostdeutschen Pressewesens aus.

Die deutsche Nachkriegspresse im Westen kann in der ersten Zeit grob in drei Phasen gegliedert werden: eine erste rigide Phase, eine zweite der kontrollierten Lizenzpresse und ab Herbst 1946³¹ eine Umorientierung und indirekte Lenkung (weg von der anti-faschistischen Re-education hin zu einem anti-kommunistischen Kurs).³² Am Anfang einer Flut von Vorschriften, Manuals, Directives etc. stand das Gesetz No. 191 (Militärregierung Deutschland) aus dem Jahr 1944,³³ das eine vollständige Sperre aller Presseaktivitäten, Theater, Filmtheater und Rundfunksender („black-out“) vorsah. Die rigide oberste Maxime lautete: „Wir wollen Mitteilungen und Richtlinien veröffentlichen, sonst nichts. Die Deutschen brauchen sich keine eigene Meinung zu bilden – das muss ihnen gesagt werden.“³⁴ Zum Chef der neuen *Information Control Division* (ICD) ernannt, bekräftigte der vorher für die psychologische Kriegsführung zuständige Generalmajor McClure das Medienverbot³⁵ und teilte ausdrücklich mit, dass Heereszeitungen bei der deutschen Bevölkerung eine Haltung passiver Hinnahme von Befehlen unterstützen und vertiefen sollten.³⁶ Kurz darauf, im Juni 1945, wurde mit der Direktive No. 3 das Lizenzwesen eingeführt,³⁷ die Direktive No. 4 vom 4. September 1945 untersagte jedoch jede Kritik an allen Militärregierungen. (Erst ein Jahr später folgte

31 Das Vorgehen wurde amerikanischen Presseoffizieren im *Manual for the Control of German Information Services* (12. Mai 1945) erläutert. In der amerikanischen Zone sollte ab Oktober 1945 die „Neue Zeitung“ ein Vorbild für die Lizenzpresse sein.

32 Im September 1947 wurde die Central Intelligence Agency (CIA) gegründet, deren Aufgabe u. a. die verdeckte politische und militärische Einflussnahme im Ausland sowie Propaganda gegen den Kommunismus war (Goldstein, Cora Sol, *Capturing the German Eye, American Visual Propaganda in Occupied Germany*, 2009).

33 Hessisches Staatsarchiv Darmstadt

34 Zitiert nach: Mosberg, H., *Re-education*, 1991, 45

35 *Manual for the Control of German Information Services*

36 Direktive No. 1 vom 22. Mai 1945

37 Warkentin, E. J. (Hrsg.), *History of the Information Control Division*, 2016, 15

die Kontrollratsdirektive Nr. 40,³⁸ die für die Presse in allen alliierten Zonen gelten sollte).

Schon im Juni 1946 war ein *Langzeitplan zur Umerziehung der Deutschen* vorgelegt worden, der die Entwicklung einer unabhängigeren Presse durch Deutsche fördern sollte. Er wurde erst als Direktive 1779 (11. Juli 1947) für die Militärregierung bindend. Bis dahin hatte sich das Konzept, Deutschland als antisowjetisches Bollwerk zu nutzen, bei Hochfinanz, Banken und Militärs (z. B. Leahy, Marshall, Eisenhower, Clay, MacArthur), die in Europa auch Anlage- und Marktinteressen für wichtig hielten, durchgesetzt. Im Oktober 1947 hieß es, dass die Sicherheit der USA nur dann gewährleistet werden könnte, wenn es gelänge, Westeuropa vom sowjetischen Einfluss frei zu halten.³⁹

Die Re-education der Deutschen unterschied sich nicht nur in den einzelnen Besatzungszonen voneinander, sondern auch innerhalb der einzelnen Zonen.⁴⁰ Bei der Vergabe von Lizenzen war beispielsweise der persönliche Werdegang⁴¹ der hierfür verantwortlichen ehemaligen Presseoffiziere der Propagandakompagnien und der örtlichen Distriktkommandeure eher entscheidend.⁴² Sie hatten einerseits einen großen Handlungsspielraum, der teilweise dem der Nazi-Vorgänger entsprach, standen aber gleichzeitig in einem unauflösbaren Konflikt zwischen Prinzipien der Pressefreiheit und -zensur. Laut Anweisung der *Information Control Division* (ICD) sollten vertrauenswürdige deutsche Verleger und Redakteure (geeignete „Opinionleaders“) gefunden werden, die möglichst „aktive Antinazis“ und eher prowestlich als proöstlich eingestellt sein sollten.⁴³ Nicht immer konnten aber antragsstellende Schmeichler oder Denunzianten erkannt werden. Ein besonderes Problem entwickelte sich auch aus der Bevorzugung linksgerichteter

38 In der Kontrollratsdirektive No. 40 stand u. a., dass die deutsche Presse deutsche politische Probleme frei besprechen und die Politik der Besatzungsmächte kommentieren darf. Im nächsten Abschnitt hieß es aber, die deutsche Presse muss sich enthalten, Gerüchte zu verbreiten, die die Einheit der Alliierten untergraben könnte, oder deren Ansehen beschädigen könnte, Kritiken gegen Entscheidungen der Alliierten zu verbreiten, Deutsche zur Auflehnung gegen die Zonenbefehlshaber anzuleiten.

39 Schwarz, H.-P., *Vom Reich zur Bundesrepublik, Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949*, 1966, 71

40 Der amerikanische Politikwissenschaftler Joseph Dunner bemängelte uneinheitliche Berungsverfahren, (Koszyk, a. a. O., 117).

41 Mosberg spricht von einer Tabuzone, wenn es darum geht, deutsche Emigranten nach ihrer Religionszugehörigkeit oder politischen Einstellung zu charakterisieren (Mosberg a. a. O. 56).

42 Zur Geschichte der Presseoffiziere N. Frei, K. Koszyk, H. Habe, S. Heym, H. Mosberg, J. Gimbel u. a.

43 *Manual for the Control of German Information Services*

Journalisten der ersten Phase, die später nicht mehr erwünscht waren.⁴⁴ Das „Screening“ von Antragssteller der deutschen Lizenzpresse stellte im Grunde eine verschärfte Form eines Entnazifizierungsverfahrens mit insgesamt sieben Mal mehr Fragen als bei einem normalen Fragebogen dar.⁴⁵ Überwiegend erhielten Herausgeber Lizenzen, die mit der amerikanischen Version von Demokratie und einem damit eng gekoppelten neoliberalen Weltwirtschaftskonzept unter der Vorherrschaft der USA „harmonierten“. Von diesem Credo hat sich George F. Kennan, der die *Pax Americana* Jahrzehnte lang vertreten hatte (mit der u. a. der Kalte Krieg gerechtfertigt wurde), 1993 distanziert.⁴⁶

Der Aufbau einer unabhängigen Presse und die Trennung zwischen Nachricht und Kommentar in jedweder Berichterstattung standen im Widerspruch zur gleichzeitig eingerichteten einzigen Nachrichtenagentur und der Nachzensur, mit der die Presse kanalisiert und kontrolliert werden sollte.⁴⁷ Die Monopolagentur DANA, (später DENA) mit Sitz in Bad Nauheim, war ein besonders wirksames Instrument, um mediale Inhalte zu vereinheitlichen und zu kanalisieren sowie die redaktionelle Arbeit zu lenken und zu kontrollieren.⁴⁸ Die Monopolagentur widersprach der in Amerika üblichen Praxis der Nachrichtenlieferung über verschiedene Agenturen, z. B. Associated Press (AP), United Press (UP) oder International News Service (INS), auch Reuter. Auch über die Papierzuteilung (die außerdem einer tatsächlichen Knappheit geschuldet war) konnte eine (indirekte) Kontrolle über alle Druckerzeugnisse ausgeübt werden.

Weitere Festsetzungen waren: Bei der Neugründung deutscher Zeitungen waren bestimmte Formate verboten (Parteizeitungen, überregionale Zeitungen, Generalanzeiger, Boulevardzeitungen, Heimatzeitungen und kirchlich gebundene Zeitungen). Jede Stadt über 20.000 Einwohner sollte eine Lizenz erhalten, ab über 100000 Einwohner zwei. Von jeder Zeitung, deren Umfang auf vier Seiten begrenzt war, musste unmittelbar nach dem Druck ein Exemplar an die Militärregierung abgeliefert werden. In Bayern hat beispielsweise die *Scrutiny Section* bei der Nachzensur zwischen dem 1. Dezember 1945 und dem 9. November 1947 273 Beiträge beanstandet. Sie galten zu Recht der Nicht-Trennung von Meinung und Nachrichten, beanstandeten aber nicht kritische Berichte über die Verhältnisse in der sowjetischen Zone, die laut Kontrollratsdirektive Nr. 40 eigentlich verboten waren.

⁴⁴ Breitenkamp, E. C., *The US ICD and its effect on German publishers and writers 1945 to 1949*, 1953

⁴⁵ Mosberg, H., *Re-education*, 1991, 133

⁴⁶ Kennan, G. F., *Around the Cragged Hill: A Personal and Political Philosophy*, 1993, 182

⁴⁷ Im Oktober 1946 gab es 41 Lizenzblätter mit einer Auflage von vier Mio.

⁴⁸ Alle Stellen waren von Amerikanern besetzt.

Die Bekämpfung des Nationalsozialismus geriet seit Anfang 1947 immer mehr in den Hintergrund.⁴⁹ So war im Oktober 1946 die Nachrichtenagentur DANA – zwar mit vielen Querelen – unter der Leitung eines ehemaligen Kommunisten, Wilhelm Necker, in deutsche Hände übergeben worden. Ein halbes Jahr später wurde er jedoch wegen Linkstendenzen entlassen.⁵⁰ Auch die ursprünglich von Kriegsgefangenen in Camp Fort Kearny (RI) herausgegebene Zeitschrift *Der Ruf* (wegen ihres hohen Demokratisierungspotentials mit einer Auflage von bis zu 75000), die seit ihrer Wiedegründung (1946) unter dem Herausgeber Hans W. Richter einen dritten Weg zwischen Sozialismus und Kapitalismus, die Frage der Kollektivschuld und „falsche Umerziehungsideale“ diskutierte, wurde im März 1947 verboten.

Schon im Spätsommer 1945 waren deutsche „Antifaschistische Ausschüsse“, die sich nach Kriegsende in vielen Städten spontan gebildet hatten und anfangs als Demokratisierungspotential angesehen worden waren, wegen kommunistischer Beteiligung von der amerikanischen Militärregierung aufgelöst worden. Ein vermutlich beunruhigender Bericht des amerikanischen Geheimdienstes hatte nämlich 1945 festgestellt, dass die Masse des europäischen Widerstands links sei und eine Befreiung vom Faschismus in verschiedenen Varianten des Sozialismus suchte.⁵¹ In der sowjetischen Besatzungszone sind antifaschistische Basisgruppen, die sich auch dort gebildet hatten und nicht der gewünschten stalinistischen Linie entsprachen, von Walter Ulbricht aufgelöst worden.⁵²

Leider bieten die Umfragen der *Opinion Survey Section*, die im Oktober 1945 zusammen mit der *Intelligence Branch* und der *Information Control Division* gegründet worden war, keine Anhaltspunkte für eine speziell auf vormals als völkisch zu bezeichnende Bevölkerungsgruppen ausgerichtete Re-education. Bis 1949 sind 72 Umfragen durchgeführt worden.⁵³ Mit dem zu der Zeit gerade in den Anfängen stehenden Instrument der Meinungsumfragen sollten die politischen Grundeinstellungen unterschiedslos aller Deutschen ermittelt werden. Sie waren nach heutigen Standards zu einfach aufgebaut, berücksichtigten zum Teil eine zu kleine Zahl von Probanden und verführten damit zu vereinfachenden Schlüssen. Den Fragebögen lag deutlich das Vorverständnis des deutschen Nationalcharakters –

⁴⁹ Koszyk, a. a. O., 71

⁵⁰ Koszyk, a. a. O., 50

⁵¹ Office of Research & Intelligence, Bericht 3200: Die politischen Kräfte, die in Deutschland seit dem Ende des Krieges wirksam waren, zitiert in: U. Borsdorf, L. Niethammer (Hrsg.), Zwischen Befreiung und Besatzung, Analysen des US-Geheimdienstes über Positionen und Strukturen deutscher Politik 1945, 1976

⁵² Leonhard, W., Die Revolution entlässt ihre Kinder, 1970, 316

⁵³ Merritt, A. J., Merritt R. L., Public Opinion in Occupied Germany, The OMGUS Surveys, 1945–1949, 1970, 3

alle Deutschen sind Nazis – zugrunde.⁵⁴ Es wurde nicht nach Entstehungsgründen des Nationalsozialismus gefragt oder der vorangegangenen Parteienlandschaft. Differenziert wurde nur nach alteingesessener Bevölkerung und den hinzugekommenen zahlreichen Flüchtlingen: Ihre politischen Ansichten unterschieden sich jedoch kaum voneinander (zu erwarten wären aber Unterschiede gewesen). Erkundet wurden Anteile der nationalsozialistisch oder kommunistisch eingestellten Bevölkerung (15 bis 18 Prozent unverändert nationalsozialistisch, 15 Prozent anti-kommunistisch [Umfrage 19, August 1946]).⁵⁵

In der Umfrage 175 (Juni 1949) war danach gefragt worden, ob die Befragten lieber in einem nationalsozialistisch oder einem sozialistisch geführten Land leben würden. Die meisten lehnten beide Alternativen ab, aber der Anteil derjenigen, die den Nationalsozialismus bevorzugt hätten, hatte sich von 1947 bis 1949 vergrößert. Das verblüffende Ergebnis dieser Umfrage war, dass der neue anti-kommunistische Kurs womöglich zu einem Rückfall in braune Zeiten geführt hatte. Die Umfragen vom Oktober 1946 bis zum Januar 1949 zeigten außerdem eine zunehmende Unzufriedenheit mit der Denazifizierung, die anfangs für richtig und gut gehalten worden war (Umfragen 7, 60 und 182). Welchen Anteil die zunehmend anti-kommunistisch eingestellte Presse an diesem Ergebnis hatte, kann nur vermutet werden, da nicht nach der Nutzung von Medien gefragt wurde. Aber noch die Umfrage 19 (März 1946) hatte den Deutschen eine hohe Bereitschaft zur Umorientierung und im Großen und Ganzen eine demokratische Gesinnung attestiert.⁵⁶

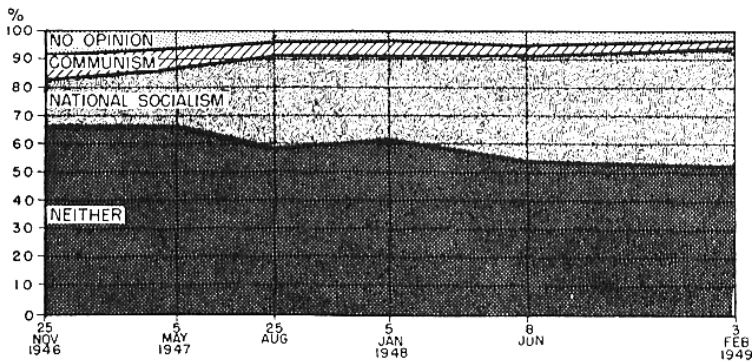


Abb. 1: Frage: Wenn Sie zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus wählen könnten, welche Regierung würden Sie vorziehen? (OMGUS Report 175, Juni 1949)

⁵⁴ Merritt, a. a. O., 30

⁵⁵ Merritt, a. a. O., 38

⁵⁶ Merritt, a. a. O., 41

Die rigiden Vorgaben der ersten Phase der Nachkriegs-Presse rücken sie mehr oder weniger in den Bereich von Propaganda. Noch den Herausgebern der Lizenzpresse, die sogar von den Amerikanern nicht als „freie Presse“ angesehen worden ist, sondern als eine Art Übergang dazu, wurden detaillierte politische und organisatorische Anweisungen gegeben. Eine mögliche Erklärung der Zunahme völkischen Denkens trotz Re-education (1947–1949) könnten neuere Autoritarismus-Theorien bieten. Sozialwissenschaftler der Universität Leipzig kamen unlängst zu dem Schluss, dass bestimmte gesellschaftliche Prozesse, vor allem solche, die undurchschaubar sind und Unsicherheiten auslösen, bei jedem Menschen (egal welcher Nationalität) autoritative Tendenzen aktivieren können.⁵⁷ Ihre Analysen des heute aktuellen Revivals völkischer Ideen zeigten den Bedarf nach Transparenz und verlässlich-glaubwürdigen Erklärungen komplexer Sachverhalte. Sie ordneten im Übrigen völkisches Gedankengut keineswegs nur dem Rande der Gesellschaft zu, sondern stellten fest, dass es ebenso aus der Mitte kommen kann.

⁵⁷ Die Autoritarismus-Theorie der 1930er Jahre hat mehrere wissenschaftliche Modifikationen durchlaufen. Heute wird von einem „autoritären Syndrom“ ausgegangen, zu dem Aggressionen, eine autoritative Unterwürfigkeit und Konventionalismus (das Befolgen gesellschaftlicher Normen) gehören. (Decker, O., Brähler, E. [Hrsg.], *Autoritäre Dynamiken: Alte Ressentiments – neue Radikalität*, 2020).

